

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung</b>	Datum 20.02.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. <b>02202/142237</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuss</b>	<b>Sitzung am Donnerstag, 5. Februar 2009</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr - 20:05 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2008 - öffentlicher Teil**  
*28/2009*
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Offenlage des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes**  
*18/2009*
- 6. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln zur Teilnahme am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer 115**  
*684/2008*
- 7. Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**  
*32/2009*
- 8. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

51/2009

9. **Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2008, die Verwaltung zu beauftragen, in Gesprächen mit anderen Großverbrauchern von Energie und Wasser im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach die Gründung einer „Energie- und Wasser-Einkaufsgenossenschaft“ zu prüfen und in der ersten Sitzung des Rates im Jahr 2009 einen Bericht über die Ergebnisse und ggf. ein entsprechendes Konzept vorzulegen**  
45/2009
10. **Gutachterausschuss für Grundstückswerte**
  - 10.1. **Anhörung zur Neu- und Wiederbestellung von ehrenamtlichen Gutachtern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach**  
739/2008
  - 10.2. **Anhörung zur Neubestellung eines ehrenamtlichen Gutachters des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach**  
5/2009
11. **Dienstreisen**
  - 11.1. **Genehmigungen von Dienstreisen des Ratsmitgliedes Herigart Binzberger und des sachkundigen Bürgers Hans-Werner Bierganns am 10.02.2009 nach Waldbröl zur Teilnahme an einer Veranstaltung zum Thema „EU-Wasserrahmenrichtlinie“ des Aggerverbandes**  
44/2009
  - 11.2. **Genehmigung einer Dienstreise des Vorsitzenden des Seniorenbeirates nach Gladbeck**  
26/2009
  - 11.3. **Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise hier: Genehmigung einer Dienstreise von Frau Lamsfuß und Herrn Schermer (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen)**  
46/2009
12. **Anträge der Fraktionen**
  - 12.1. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2008, die Verwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 entlang der Steinstraße in Bensberg die planerischen Voraussetzungen für den Bau eines durchgehenden Riegels mit Parkgeschossen zu schaffen**  
48/2009
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2008 - nichtöffentlicher Teil**  
*29/2009*
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4.     **Beförderung eines Beamten**  
*43/2009*
5.     **Anträge der Fraktionen**
6.     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Orth eröffnet die 24. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Dr. Kassner (CDU) und Frau Beisenherz-Galas (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt. Frau Beisenherz-Galas wird durch Herrn Ziffus (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vertreten.

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 23.01.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- den Entwurf des Einzelhandelskonzeptes als Ergänzung der Vorlage 18/2009 (TOP A 5) und
- eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand Bücherei Bensberg, die er unter TOP A 13 verlesen und beantworten werde.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2008 - öffentlicher Teil

Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

**„Zu TOP 6  
Haushalt 2009**

*701/2008*

und

**zu TOP 7**

**Stellenplan 2009**

*718/2008*

Die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung für das Jahr 2009 wurde der Aufsichtsbehörde angezeigt.“

**Die vorgetragene Aktualisierung und der schriftliche Bericht werden zur Kenntnis genommen.**

#### **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

##### Mitteilung zur beabsichtigten Umwandlung der Post-Filiale in Bensberg in eine sog. „Partnerfiliale“

Herr Orth berichtet, er habe bei der Deutsche Post AG gegen die beabsichtigte Umwandlung der Bensberger Post-Filiale in eine sog. „Partnerfiliale“ Protest eingelegt, da er sich nicht vorstellen könne, dass bei einer derartigen Umwandlung das bisherige Dienstleistungsangebot der Post aufrechterhalten werde. Er habe an die Deutsche Post AG appelliert, den Standort im bisherigen Umfang beizubehalten.

**Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.**

#### **5. Offenlage des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes**

Herr Orth erläutert, an den vorbereitenden Treffen zum Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept hätten neben Ratsmitgliedern auch Träger öffentlicher Belange (u.a. Industrie- und Handelskammer, Einzelhandelsverband) und die zu beteiligenden Behörden teilgenommen. Zudem seien mit Nachbarkommunen und Vertretern der örtlichen Händlerschaft Abstimmungsgespräche geführt worden. Zur Vorbereitung der heutigen Beschlussfassung über die Offenlage des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes seien den Ratsmitgliedern die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Zusätzlich werde das Konzept heute vom Planungsbüro Stadt+Handel im Einzelnen vorgestellt. Herr Orth weist ergänzend auf die Homepage der Stadt Bergisch Gladbach ([www.bergischgladbach.de](http://www.bergischgladbach.de)) hin, auf der der Entwurf des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werde.

Herr Ziffus regt an, dass bei künftigen vorbereitenden Veranstaltungen, an denen Vertreter der Ratsfraktionen teilnahmen, generell auch alle anderen Ratsmitglieder als Zuhörer teilnehmen dürfen sollten. In dieser Frage sei es kürzlich zwischen ihm und dem Bürgermeister zum Streit gekommen und er wolle künftige Konflikte vermeiden.

Herr Waldschmidt entgegnet, es hätten klare Absprachen zwischen den Fraktionen bestanden, dass die Fraktionen entsprechend ihrer Größe an den Gesprächen beteiligt würden. Dieser Vereinbarung habe auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Herr Nagelschmidt erläutert, der Bürgermeister hätte Herrn Ziffus an der betreffenden Sitzung teilnehmen lassen sollen, auch wenn dies ein Abweichen vom vereinbarten Verfahren dargestellt hätte. Ihm sei zugetragen worden, Herr Dr. Baeumle-Courth habe sich lediglich der sachkundigen Hilfe von Herrn Ziffus bedienen und Herr Ziffus sich in der Sitzung auch nicht zu Wort melden wollen.

Herr Lang ergänzt, dass aus seiner Sicht alle Ratsmitglieder das Recht hätten, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen und auch Fragen zu stellen. Dies leite sich aus dem in der Gemeindeordnung formulierten Informationsrecht der Ratsmitglieder ab, das weder durch Absprachen noch durch den Bürgermeister eingeschränkt werden

könne.

Herr Orth erläutert, die benannten Absprachen seien aus Gründen der Praktikabilität der Verhandlungsführung getroffen worden und als solche auch sinnvoll.

Herr Waldschmidt äußert seine Verwunderung, dass am gestrigen Arbeitskreis zur Regionale 2010 kein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN teilgenommen habe.

Herr Mömkes fragt, ob der Entwurf des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes auch den örtlichen Einzelhandelsgemeinschaften zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Orth antwortet, dass er fest davon ausgehe.

Es folgt ein Vortrag der Herren Beckmann und Nyhues (Planungsbüro Stadt+Handel) zum Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept.

Herr Waldschmidt fragt, ob es zutreffe, dass die neuen Verkaufsflächen der Rhein-Berg-Galerie im dargestellten Einzelhandelsbestand und im Entwicklungsrahmen (bis zum Jahr 2018 maximal 57.000 qm) nicht enthalten seien, da die Erhebung im Juni/Juli 2008 erfolgt ist. Zudem wolle er wissen, warum das Sortiment Fahrräder/Fahrradzubehör als nicht zentrenrelevant angesehen werde. Er selbst halte das Sortiment eher für einen Grenzfall, der auch als zentrenrelevant bezeichnet werden könnte.

Herr Nyhues antwortet auf die erste Frage von Herrn Waldschmidt, dass dies zutreffend sei. Er habe aber dargestellt, dass auch nach Eröffnung der Rhein-Berg-Galerie in vielen zentrenrelevanten Sortimenten noch Entwicklungsspielräume bestünden. Auch die zweite Frage könne mit „ja“ beantwortet werden; das Büro Stadt+Handel habe jedoch festgestellt, dass die überwiegende Zahl der Betriebe, die Fahrräder/Fahrradzubehör im Hauptsortiment führen, heute außerhalb der Zentren angesiedelt sei. In Bergisch Gladbach seien lediglich drei kleinere Fahrradgeschäfte in Zentrennähe angesiedelt, was zu der dargestellten Einschätzung geführt habe.

Herr Lang erläutert, der Entwurf des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes sei den Ratsmitgliedern - anders als in der Vorlage in Aussicht gestellt - nicht rechtzeitig zugegangen. Unter „rechtzeitig“ verstehe er, dass die Ratsmitglieder mindestens eine Woche vor der Sitzung über die relevanten Unterlagen verfügen können müssten. Der Entwurf des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes sei der BfBB-Fraktion erst in der Fraktionssitzung übergeben worden, obwohl vereinbart worden sei, dass Sitzungseinladungen den Ratsmitgliedern per Post zugehen. Die Zeit für eine gründliche Erfassung der umfangreichen Unterlagen sei bis zur heutigen Sitzung zu kurz gewesen. Er behalte sich daher vor, auch in den kommenden Sitzungen noch Fragen zu stellen. Herr Lang fragt, welche Auswirkungen das Konzept auf die Ansiedlung eines Rewe-Marktes im Strunde-Park und auf die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben im Hermann-Löns-Gebiet habe. Zudem habe er eine Einschätzung zum Thema „Öffnung der Fußgängerzone und Ansiedlung von Einzelhandel im Zentrum Bensberg“ vermisst. Er habe zwar bisher kritisiert, dass die Stadt Bergisch Gladbach ihre Planungshoheit an Investoren abgeben würde; mittlerweile komme es ihm jedoch so vor, dass Investoren demnächst vielleicht überhaupt nichts mehr zu

entscheiden haben könnten. Dies könne für die Stadt negative Konsequenzen haben. Zudem bitte er um Auskunft, ob Verbindungen bestünden zwischen der Firma Hahn Immobilien und dem Planungsbüro Stadt+Handel und welche Kosten die Stadt für die Erstellung des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes zu tragen habe.

Herr Orth antwortet, die Erstellung des Gutachtens habe ca. 60.000,- EUR gekostet.

Herr Dr. Baumle-Courth erläutert, das Gutachten unterstreiche eine positive Wirkung der Fußgängerzone Gladbach auf den Einzelhandel. Dies müsse dann wohl auch für die Fußgängerzone Bensberg gelten, die beibehalten und ausgebaut werden müsse. In Bezug auf die „Automeile Gronau“ habe die Verwaltung erst kürzlich völlig falsch gehandelt, indem man das Porsche-Zentrum nicht dort, sondern an der Meisheide angesiedelt habe. In der Verlängerung der „Automeile“ liege übrigens auch die Fachhochschule der Wirtschaft mit ihrem Forschungszentrum „Center of Automotive“. Herr Dr. Baumle-Courth fragt, ob der Campus Gronau mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II durch die Ansiedlung einer weiteren Bildungseinrichtung erweitert werden könnte. Zudem wolle er wissen, in welcher Form die Öffentlichkeit an dem Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept beteiligt werde; er hoffe, dies sei ein bisschen mehr als lediglich eine öffentliche Bekanntmachung in der Zeitung.

Herr Ziffus ergänzt, es sei für Bensberg vorgeschlagen worden, die Lücken entlang der Steinstraße zu schließen. Wenn dies geschehe, so böte es sich an, dort auch die Parkplätze unterzubringen, was wiederum die Frage aufkommen lasse, ob eine Öffnung der Fußgängerzone tatsächlich sinnvoll sei. Dieser Beschluss solle aus seiner Sicht so lange ausgesetzt werden, bis die Konsequenzen des Gutachtens für Bensberg geklärt seien. Herr Ziffus verweist dazu auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 48/2008, TOP A 12.1). Zudem solle das Gutachten für Verwaltung und Rat verbindlich sein; dies sei bei anderen Gutachten in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen. Verbindlichkeit sei wichtig für den Einzelhandel und insbesondere für die Entwicklungsgesellschaften der Raiffeisenbanken und Sparkassen eine Motivation, sich zu engagieren.

Frau Schmidt-Bolzmann schließt sich dieser Einschätzung dahingehend an, dass insbesondere die Ergebnisse des Räumlich-Funktionalen Entwicklungskonzeptes (RFK) im Planungsausschuss und in der Verwaltung keine Beachtung gefunden hätten. Die FDP-Fraktion habe noch Beratungsbedarf, weshalb sie sich bei der heutigen Abstimmung enthalten werde.

Herr Mömkes sieht das Gutachten sowohl als Herausforderung, als auch als Chance. Einerseits würden sich Verwaltung und Politik nach einem Beschluss des Konzeptes binden, andererseits könne dauerhaft eine vernünftige Versorgungslage für das gesamte Stadtgebiet herbeigeführt werden. Herr Mömkes dankt dem Planungsbüro Stadt+Handel für die äußerst umfangreiche Ausarbeitung und fordert nochmals eine verstärkte Einbindung der Einzelhandelsgemeinschaften.

Herr Orth weist darauf hin, die Einzelhandelsvertreter seien an dem bisherigen Prozess in einem hohen Maße - durch begleitende Veranstaltungen, zwei Plena und eine Präsentation von wesentlichen Zwischenergebnissen - beteiligt worden.

Herr Schmickler antwortet zusammenfassend auf die vorangegangenen Fragen, er gehe heute nicht davon aus, dass es nach dem Ergebnis des Gutachtens noch ange-

bracht sei, im Bereich der Lochermühle und der Hermann-Löns-Kaserne Supermärkte anzusiedeln. Die Lochermühle liege in der Nähe eines bereits gut versorgten zentralen Versorgungsbereichs und in Bezug auf die Hermann-Löns-Kaserne weise das Gutachten auf Erweiterungsmöglichkeiten der bestehenden Zentren in Hand und Paffrath hin. Es sollten Zentren gestärkt und keine Konkurrenz für die Zentren geschaffen werden. Städtebaulich sei man noch nicht so weit, innerhalb von 1 ½ bis 2 Jahren eine weitere Bildungseinrichtung am Campus Gronau einzurichten. Ideen für die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II gebe es in ausreichendem Maße. Er widerspreche der Aussage, dass Ergebnisse von Gutachten bisher nicht beachtet worden seien. Als Beispiel benennt Herr Schmickler das Einzelhandelsgutachten von 1999, auf dessen Grundlage bauleitplanerisch einiges getan worden sei. In Bezug auf die Potenzialflächen unterbreite das Gutachten Vorschläge und nicht strikte Handlungsanweisungen. Herr Schmickler weist die Ratsmitglieder zur Klärung von Detailfragen auch auf den Termin für die Fraktionsberatungen am 16.02.2009 hin, an dem die Gutachter für Fragen zur Verfügung stünden.

Herr Waldschmidt erläutert, in den Arbeitskreisen seien die Leitsätze für Orte, für die Investoreninteresse bestehe, insbesondere mit Hilfe des Prüfschemas des Regierungspräsidenten „durchgespielt“ worden. Er fragt, ob den Fraktionen diese entscheidenden Unterlagen noch zur Verfügung gestellt würden.

Herr Schmickler bittet Herrn Waldschmidt, dies in den Beratungen am 16.02.2009 zu erfragen.

Herr Lang fragt, ob der Bürgermeister die Einrichtung eines größeren Bio-Marktes im Bereich der Fußgängerzone Bensberg tatsächlich für einen „Magnet-Betrieb“ halte, der die Fußgängerzone beleben könne. Zudem wolle er wissen, ob es in Bezug auf die Einrichtung des Rewe-Marktes an der Lochermühle zutrefte, dass Rechtsmittel eingelegt worden seien.

Herr Schmickler antwortet, zum Bereich Lochermühle gebe es anhängige Verfahren, nach seiner Erinnerung seien auch in einem Fall Rechtsmittel eingelegt worden. Es treffe zu, dass für Bensberg ernsthafte Überlegungen unternommen worden seien, einen Bio-Markt anzusiedeln. Dies sei jedoch nicht mehr aktuell, was darin begründet sei, dass mittlerweile in jedem „normalen“ Supermarkt und Discounter Bio-Produkte verkauft würden und deshalb die Einrichtung neuer Bio-Märkte oftmals wirtschaftlich nicht mehr interessant sei.

Herr Lang entgegnet, dass gerade dieser Interessent die Bedingung gestellt habe, die Fußgängerzone für den Kfz-Verkehr zu öffnen. Die entsprechenden Beschlüsse seien dann wohl hinfällig.

Herr Schmickler antwortet, dieser Wunsch sei vom Projektvermittler, also dem Vertreter des Eigentümers, vorgetragen worden und motiviert aus der Position zweier potentieller Mieter, einem Bekleidungshaus und einem „normalen“ Supermarkt.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

**Das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept wird in dem Zeitraum vom 06.02.2009 bis zum 25.02.2009 öffentlich ausgelegt.**

6. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln zur Teilnahme am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer 115**

Herr Lang äußert seine Bedenken an der Funktionsfähigkeit des vorgestellten Konzeptes. Schon heute seien die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur schwer erreichbar und würden entgegen bestehender bürgermeisterlicher Anordnung oftmals nicht zurückrufen. Bei der KAS gestalte sich die telefonische Erreichbarkeit von Sachbearbeitern trotz Telefonzentrale noch schwieriger.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag und bittet um eine Darstellung der Kosten eines Anrufes bei der Behördenrufnummer 115.

Auch Herr Waldschmidt äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion und verbindet dies unter Verweis auf die Darstellungen in der Vorlage mit der Erwartung, dass ein Anruf bei der Behördenrufnummer tatsächlich nicht mit langen Wartezeiten verbunden sein werde. Insgesamt werde sich wohl eine erhebliche Verbesserung des Bürger-Services einstellen.

Herr Ziffus kritisiert die aus seiner Sicht gehäufte Verwendung von englischen Fremdwörtern, die eine redaktionelle Überarbeitung der Vorlage nötig mache. Auch er halte die Einrichtung der Rufnummer grundsätzlich für positiv.

Herr Schütz schließt sich dieser Kritik an und äußert Bedenken in Bezug auf die Kosten der Teilnahme an dem Pilotbetrieb für die Stadt Bergisch Gladbach. Er bitte die Verwaltung um einen regelmäßigen Bericht über das Projekt im Hauptausschuss.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, ob das von der KGSt begleitete Pilotprojekt in Berlin bereits abgeschlossen sei und ob der Verwaltung dazu Ergebnisse vorlägen.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wie viel Personal die Verwaltung für die Bearbeitung der Anfragen in dem neu eingerichteten E-Mail-Postfach, die nicht sofort beantwortet werden können, einsetzen müsse, wie viel Personal insgesamt involviert sei und mit welchen Antwortzeiten die Bürgerinnen und Bürgern rechnen müssten.

Frau Thoben antwortet zusammenfassend, für einen Anruf bei der Behördenrufnummer zahle der Anrufer sieben Cent pro Minute. Seit über einem Jahr werde ein Pilotprojekt zur Konzeption der Einrichtung der einheitlichen Behördenrufnummer durchgeführt. Der Pilotbetrieb im Call-Center Berlin jedoch starte gleichzeitig mit dem Betrieb in Köln und Bergisch Gladbach. Der Pilotbetrieb werde nach zwei Jahren auslaufen und erst dann werde entschieden, ob die einheitliche Behördenrufnummer ein dauerhaft tragbares Modell sei. Die in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung verwendeten englischen Fachbegriffe würden in der Kommunikation mit den anrufenden Bürgerinnen und Bürgern nicht verwendet und somit nicht zu Verständnisschwierigkeiten führen. Die Kosten und der Erfolg der Teilnahme für die Stadt Bergisch Gladbach ließen sich nicht genau beziffern, da noch nicht absehbar sei, wie die Rufnummer angenommen werde. Zudem sei zu erwähnen, dass die Telefonzentrale der Stadt Bergisch Gladbach (0 22 02 / 14-0) bestehen bleibe und alle städtischen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter telefonisch direkt erreichbar bleiben würden. Die einheitliche Rufnummer werde jedoch insgesamt zu einer Entlastung der Verwaltung führen. Die bei der Behördenrufnummer eingehenden Anrufe würden statistisch ausgewertet, so dass eine Erfolgskontrolle gewährleistet sei. In Bezug auf die eingehenden E-Mails solle innerhalb von 24 Stunden auf die Anfragen der Bürgerinnen und Bürger reagiert werden. Dafür müsse kein zusätzliches Personal abgestellt werden; die Verwaltung werde die Entwicklung natürlich beobachten. Das E-Mail-Postfach werde von zwei Mitarbeitern (inklusive Vertretung) betreut.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

**Die Teilnahme am Pilotbetrieb der einheitlichen Behördennummer 115 in der Modellregion West II wird beschlossen. Dem Abschluss der der Vorlage beige-fügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln wird zugestimmt.**

## 7. Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Frau Hammelrath erläutert, es sei Verkaufsstellen nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen erlaubt, an Sonn- und Feiertagen Blumen zu verkaufen. Der Kreiskatholikentag habe jedoch auf die Problematik hingewiesen, dass dadurch insbesondere auch am Karfreitag Gartenmärkte ihre Geschäfte offen halten und nicht nur Blumen, sondern auch alle anderen Artikel ihres Sortiments zum Kauf anbieten würden.

Frau Hammelrath bittet die Verwaltung um Auskunft, ob die Stadt Bergisch Gladbach eine Regelung treffen könne, dass an derartigen Feiertagen nur Blumen und nicht zusätzlich andere Artikel zum Kauf angeboten werden dürfen.

Herr Orth verweist auf eine schriftlich Beantwortung der Anfrage bis zu Ratssitzung.

Herr Mömkes schließt sich dem Anliegen von Frau Hammelrath für die CDU-Fraktion an und fragt, wie die in der Vorlage aufgeführten Termine zu Stande kämen und warum ausgerechnet für den Ortsteil Frankenforst alle Termine im Frühjahr und Sommer lägen, wobei er wisse, dass diese nur von einem einzigen Betrieb wahrgenommen würden.

Herr Widdenhöfer antwortet, die Termine würden an die Verwaltung herangetragen und mit dem Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Bergisches Land abgesprochen. Jeder Ortsteil dürfe vier verkaufsoffene Sonntage einrichten. Dies gelte auch für den Ortsteil Frankenforst und es sei für die Verwaltung zweitrangig, ob die Terminwünsche nur von einem Betrieb eingereicht würden. Die Verwaltung überprüfe nur, ob die Vorgaben des Ladenöffnungsgesetzes NRW eingehalten würden. Wenn dies der Fall sei, würden die Termine in den Entwurf der Verordnung aufgenommen und dieser dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Schütz weist darauf hin, dass die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage jährlich insgesamt zu hoch sei und reduziert werden solle, da sonst mittelfristig die Sonntagsruhe ausgehöhlt werde. Diese Tendenz solle die Stadt nicht unterstützen. Aus diesem Grund beantrage er, die Verwaltung solle einen neuen Verordnungsentwurf vorlegen, in dem die Terminliste um mindestens die Hälfte der aufgeführten Termine gekürzt

werden solle.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die Termine seien häufig mit örtlichen Veranstaltungen, wie z.B. Stadtfesten, verknüpft. Kürzlich habe es dazu bekanntermaßen eine Kontroverse zwischen Gladbach und Bensberg gegeben. Es mache daher durchaus Sinn, die Termine für die Stadtteile zu entflechten. Er halte es für argumentativ nicht zulässig, die verkaufsoffenen Sonntage in den einzelnen Stadtteilen einfach zu addieren; im Verordnungsentwurf würden pro Stadtteil höchstens vier verkaufsoffene Sonntage für 2009 aufgeführt. Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum für den Stadtteil Schildgen keine Terminwünsche eingereicht worden seien.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über den Antrag von Herrn Schütz abstimmen.

**Für diesen Antrag stimmt die KIDinitiative. Mit Gegenstimmen der übrigen Hauptausschussmitglieder wird der Antrag bei Enthaltung der BfBB mehrheitlich abgelehnt.**

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

**Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.**

## **8. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

Herr Ziffus erläutert, die Stadtverkehrsgesellschaft (SVB) erwarte laut Vorlage in absehbarer Zeit keine weiteren Aufgabenübernahmen. Es bestehe aus seiner Sicht Beratungsbedarf, in welcher Form zukünftig Parkplätze betrieben werden sollten. So könnten vom Verkehrsraum abgetrennte Parkräume über die SVB betrieben werden. Dazu könnten beispielsweise auch Eigentümer von Grundstücken in den Zentrenbereichen über finanzielle Beteiligungen in die Gesellschaft einbezogen werden.

Herr Waldschmidt plädiert für eine Diskussion über die Zukunft der SVB. Es sei auch aus Kostengründen zu überlegen, ob die SVB weiter „heruntergefahren“ werden könne. Er bitte die Verwaltung um Information, ob die Gesellschaft derzeit Aufgaben wahrnehme, die nicht auch von der Verwaltung wahrgenommen werden könnten.

Herr Lang ergänzt, es gebe städtische Beteiligungen, bei denen dies sehr viel wichtiger wäre.

Herr Orth antwortet, die ursprünglich mit der Gründung der SVB verbundenen Absichten hätten sich als nicht einlösbar erwiesen; die Stadt werde nicht Verkehrsträger. Er habe zu Beginn seiner Amtszeit auch für eine Auflösung der SVB plädiert. Eine Auflösung der Gesellschaft sei aus seiner Sicht jetzt jedoch im Zusammenhang mit den Vorgaben des im Zuge der Reform der Gemeindeordnung eingeführten § 107 GO NRW nicht mehr ratsam. In den letzten Jahren sei deshalb eine Reduzierung der Aktivitäten und des Mittelbedarfs der SVB planmäßig durchgeführt worden; die Tätigkeiten der SVB seien bereits „heruntergefahren“. Die jetzt von der SVB wahrgenommenen Aktivitäten seien nicht nur wirtschaftlich und politisch vertretbar, sondern für die potentielle Entwicklung der Gesellschaft auch sinnvoll.

Herr Schmickler ergänzt, dass es für die Stadt beispielsweise in Bezug auf das „Schülticket“ aus Kostengründen sinnvoll sei, auf die flexible Struktur der SVB zurückgreifen zu können. Dies gelte auch für einige andere Geschäftsbereiche.

Herr Waldschmidt fragt, ob die Umsatzerlöse der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach durch den fallenden Papierpreis in einem die Gesellschaft gefährdenden Umfang gesunken seien, was von Herr Orth verneint wird.

Herr Ziffus ergänzt, die Stadt solle das Altpapiersammelsystem in eigener Hand behalten und nicht der Privatwirtschaft überlassen.

**Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

9. **Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2008, die Verwaltung zu beauftragen, in Gesprächen mit anderen Großverbrauchern von Energie und Wasser im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach die Gründung einer „Energie- und Wasser-Einkaufsgenossenschaft“ zu prüfen und in der ersten Sitzung des Rates im Jahr 2009 einen Bericht über die Ergebnisse und ggf. ein entsprechendes Konzept vorzulegen**

Herr Ziffus erläutert, er vertrete eine der Stellungnahme des Bürgermeisters ähnliche Auffassung. Es werde durch den hohen Energiebedarf zu Spitzenlastzeiten deutlich, dass die Stadt sich in der Energiewirtschaft auf andere Aspekte konzentrieren solle: die Kraft-Wärme-Kopplung, die Nutzung der großflächigen Dächer städtischer Gebäude zur Gewinnung solarthermischer und -elektrischer Energie und eine Verbesserung der Gebäudedämmung bzw. die energetische Sanierung von Gebäuden. Es solle ernsthaft darüber nachgedacht werden, hierfür den Erhalt von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II anzustreben.

Herr Hoffstadt kritisiert, die Vorlage lasse den Nichtwillen der Verwaltung erkennen, sich mit dem Antrag der SPD-Fraktion intensiv auseinanderzusetzen, da kein bzw. nicht in ausreichendem Maße überprüfbares Zahlenmaterial angeführt werde. Dadurch lasse sich die Stellungnahme der Verwaltung nur schwer widerlegen.

Herr Orth weist den Vorwurf eines angeblich fehlenden konstruktiven Willens der Verwaltung zurück. Die Verwaltung stehe der SPD-Fraktion mit ihrem Sachverstand gerne in einem persönlichen Fachgespräch zur Verfügung.

Herr Mömkes entgegnet, die Vorlage sei sehr informativ und umfassend und mache dadurch sehr gut deutlich, warum dieses Projekt bedauerlicherweise nicht verwirklicht werden könne. Dieses Ergebnis sei aus Sicht der CDU-Fraktion nicht befriedigend.

Herr Nagelschmidt kritisiert, die SPD-Fraktion hätte die Zeit sinnvoller investieren und sich direkt an den Energiebeauftragten der Verwaltung wenden sollen.

Herr Waldschmidt erläutert, die Verwaltung habe den Antrag der SPD-Fraktion auf Überprüfung der Möglichkeit der Gründung einer „Energie- und Wasser-Einkaufsgenossenschaft“ mit ihrer Stellungnahme in der Vorlage bereits ausgeführt;

auf eine Abstimmung über den Antrag solle daher verzichtet werden.

## **10. Gutachterausschuss für Grundstückswerte**

### **10.1 Anhörung zur Neu- und Wiederbestellung von ehrenamtlichen Gutachtern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Lang äußert Zweifel daran, dass es sich bei der Neu- und Wiederbestellung von Gutachtern des Gutachterausschusses der Stadt Bergisch Gladbach um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. Er bitte um Aufklärung, ob nicht der Rat für die Beschlussfassung über die Besetzung des Ausschusses zuständig sei.

Herr Orth weist darauf hin, dass die Mitglieder des Gutachterausschusses von der Bezirksregierung nach Anhörung der Stadt Bergisch Gladbach benannt würden.

Herr Lang entgegnet, aus den Anlagen zur Vorlage gehe hervor, dass Herr Schmickler der Absicht des Regierungspräsidenten, die aufgeführten Personen neu- bzw. wiederzubestellen, uneingeschränkt zugestimmt habe. Es sei zu klären, ob diese Zustimmungserklärung in die Zuständigkeit des Bürgermeisters oder in die Zuständigkeit des Rates falle.

Herr Orth sichert eine Prüfung und Beantwortung dieser Frage zu. Eine Kopie des Antwortschreibens ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Ziffus äußert seine Vermutung, die Bestellung falle wahrscheinlich deshalb in die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten, damit eine Einheitlichkeit der Maßstäbe in Bezug auf die Grundstückswerte in allen Kommunen gewährleistet sei.

Herr Schütz fragt, wie die Besetzungsvorschläge zu Stande kämen. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Bezirksregierung dazu eine Findungskommission eingerichtet habe.

Herr Schmickler antwortet, nach langjähriger Praxis laufe das Bestellungsverfahren so ab, dass die Bezirksregierung in Abstimmung mit den Kommunalverwaltungen bestrebt sei, möglichst viele Bereiche der Immobilienwirtschaft in den Gutachterausschüssen abzubilden.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es bei diesem Bestellungsverfahren zu Interessenskollisionen kommen könne, wenn die in der Verwaltung für Umlegungen zuständige Stelle daran beteiligt werde.

Dies wird von Herrn Schmickler verneint. Die Gutachter würden nur nach ihrer Fachkunde ausgewählt, seien neutral tätig und der Ausschuss nicht mit Verwaltungsmitarbeitern besetzt, die im Grundstücksbereich tätig seien.

**Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

### **10.2 Anhörung zur Neubestellung eines ehrenamtlichen Gutachters des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach**

**Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

**11. Dienstreisen**

**11.1 Genehmigungen von Dienstreisen des Ratsmitgliedes Herigart Binzberger und des sachkundigen Bürgers Hans-Werner Bierganns am 10.02.2009 nach Waldbröl zur Teilnahme an einer Veranstaltung zum Thema „EU-Wasserrahmenrichtlinie“ des Aggerverbandes**

Herr Waldschmidt beantragt, auch dem Ratsmitglied Waltraud Schneider die Dienstreisegenehmigung - unter Verzicht auf eine Geltendmachung von durch die Teilnahme an der Veranstaltung entstehenden Kosten - zu der Veranstaltung zu erteilen.

Herr Ziffus beantragt, auch ihm selbst die Dienstreisegenehmigung unter den benannten Voraussetzungen zu erteilen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **ergänzten Beschluss**:

**Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Herigart Binzberger, Waltraud Schneider und Günter Ziffus sowie des sachkundigen Bürgers Hans-Werner Bierganns anlässlich der Teilnahme an einer Veranstaltung des Aggerverbandes zum Thema „EU-Wasserrahmenrichtlinie“ am 10.02.2009 werden hiermit genehmigt. Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung entstehende Kosten werden gegenüber der Verwaltung nicht geltend gemacht.**

**11.2 Genehmigung einer Dienstreise des Vorsitzenden des Seniorenbeirates nach Gladbeck**

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Dienstreise des Herrn Hermann Becker (Vorsitzender des Seniorenbeirates) am 29.04.2009 nach Gladbeck wird genehmigt.**

**11.3 Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise hier: Genehmigung einer Dienstreise von Frau Lamsfuß und Herrn Schermer (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen)**

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Dienstreise der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen Herr Joachim Schermer und Frau Diana Lamsfuß am 09.01.2009 wird nachträglich genehmigt.**

**12. Anträge der Fraktionen**

**12.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2008, die Verwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2009 entlang der Steinstraße in Bensberg die planerischen Voraussetzungen für den Bau eines durchgehenden Riegels mit Park-**

## geschossen zu schaffen

**Der Hauptausschuss folgt einvernehmlich dem Vorschlag des Bürgermeisters in der Vorlage.**

### **13. Anfragen der Ausschussmitglieder**

#### CDU-Fraktion: Schriftliche Anfrage zum Sachstand Bücherei Bensberg

Herr Orth verliest und beantwortet die schriftlichen Anfragen der CDU-Fraktion.

Herr Mömkes erläutert, es habe der CDU-Fraktion mit ihren Fragen daran gelegen, die Ungewissheit in der öffentlichen Wahrnehmung zu beseitigen und deutlich zu machen, dass Verwaltung und Progymnasium sich in einem konstruktiven Diskussionsprozess befänden, der auch dazu führen werde, dass der Büchereistandort Bensberg erhalten bleibe. Herr Mömkes bittet den Bürgermeister, regelmäßig über die Entwicklungen zu informieren, damit keine Gerüchte aufkommen könnten, die das Projekt gefährden würden. Herr Mömkes bittet Herrn Orth, der CDU-Fraktion die Antworten des Bürgermeisters auch schriftlich zukommen zu lassen. Kopien des Anfrage- sowie des Antwortschreibens sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, was der Bürgermeister für den Fall plane, dass die in den Antworten des Bürgermeisters benannte Frist erfolglos verstreichen sollte.

Herr Orth antwortet, bis zum 30.09.2009 müsse mit dem Bau begonnen worden sein. Die Einrichtung solle am bestehenden Standort verbleiben, bis der Neubau fertig gestellt sei (in etwa bis Ende des Jahres 2010). Sollte bis Ende September 2009 nicht mit dem Bau begonnen worden sein, so müsse man Alternativen suchen.

Herr Lang regt an, den Hauptausschussmitgliedern künftig schriftliche Anfragen mit den Sitzungsunterlagen oder ggf. als Tischvorlage zur Verfügung zu stellen, um eine vollständige Information zu gewährleisten.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.